

BESCHLUSSVORLAGE



Vorlagen Nr: 10/0821/2019

Verantwortung: Stößer, Hans-Dieter

Politische Jugendbeteiligung in Karlsbad – Rückblick und Ausblick

Beratungsfolge dieser Vorlage/Nr.	am	Öffentlichkeitsstatus	Ergebnis
Gemeinderat	23.10.2019	öffentlich	Kenntnisnahme

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Anfängen der politischen Jugendbeteiligung und der Planung für die Fortführung.

Finanzielle Auswirkungen:

ja <input checked="" type="checkbox"/> (dann bitte Tabelle ausfüllen) nein <input type="checkbox"/> (dann keine weiteren Eintragungen)			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch kommunalen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Geschätzt 8.000 Euro	4.000	4.000	Anteilige Personalkosten noch nicht genau bezifferbar
Haushaltsmittel stehen wie folgt zur Verfügung: (Invest.-Nr., Sachkonto, Produkt, Kostenstelle eintragen)			
Agenda	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		Handlungsfelder: Jugendarbeit / Miteinander in Karlsbad
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Durchgeführt am

Vermerk der Verwaltung:

Abstimmung	Ja:	Nein:	Enthaltung:
Sonstiges:			

Sachverhalt:

Die politische Jugendbeteiligung in Karlsbad hat eine bereits über 20jährige – sehr bewegte - Geschichte. Der erste Jugendgemeinderat wurde im Juni 1997 gewählt. Danach gab es verschiedene „Folge“-Jugendgemeinderäte. Aus unterschiedlichen Gründen ließ das Interesse an der Arbeit in dem Gremium immer mehr nach, zuletzt fanden mangels zu wenig Kandidatinnen und Kandidaten keine Jugendgemeinderatswahlen mehr statt. Im Jahr 2011 steuerte die Gemeinde strukturell um und richtete eine weniger formale Jugendbeteiligung in Form eines Jugendbeirates ein. Die Jugendlichen werden hierbei nicht gewählt, sondern durch den Bürgermeister analog dem Verfahren der Besetzung des Seniorenbeirates bestellt. Doch auch für dieses Gremium fanden sich nach einiger Zeit nicht mehr ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten. Die Gemeinde hatte wiederum keine ausreichend breite Basis für die „Stimme der Jugend“. Die Strukturfrage stellte sich somit zum dritten Mal.

Zwischenzeitlich änderte sich auch die gesetzliche Grundlage in der Gemeindeordnung. Die Jugendbeteiligung erhielt allgemein einen höheren Stellenwert:

„§ 41 a Gemo

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Die Mitglieder der Jugendvertretung sind ehrenamtlich tätig.

(2) Jugendliche können die Einrichtung einer Jugendvertretung beantragen. Der Antrag muss

in	Gemeinden	mit	bis	zu	
	20 000 Einwohnern				von 20,
in	Gemeinden	mit	bis	zu	
	50 000 Einwohnern				von 50,
in	Gemeinden	mit	bis	zu	
	200 000 Einwohnern				von 150,
in	Gemeinden	mit	über		
	200 000 Einwohnern				von 250

in der Gemeinde wohnenden Jugendlichen unterzeichnet sein. Der Gemeinderat hat innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags über die Einrichtung der Jugendvertretung zu entscheiden; er hat hierbei Vertreter der Jugendlichen zu hören.

(3) In der Geschäftsordnung ist die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht vorzusehen.

(4) Der Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.“

Bei der Diskussion um neue Strukturen war klar, dass das Thema sehr breit, offen und zeitgemäß anzugehen ist. Unter anderem stellte sich bei dem Prozess heraus, dass Form, Ort und Art der Beteiligung sowie personelle Begleitung durch die Gemeinde neu durchdacht werden müssen. Um eine Einbindung der Schulen zu erreichen, wurde von BM Timm es als notwendig erachtet, dass ein zusätzliches Stundenkontingent für eine pädagogische Fachkraft neben der bisherigen alleinigen Verwaltungsbegleitung erforderlich ist.

GR Heike Christmann schlug vor, den systemischen Berater Udo Wenzl um Unterstützung anzufragen. Dieser hat in verschiedenen Gemeinden in Baden-Württemberg neue Modelle der Jugendbeteiligung installiert.

Nachdem erste Gespräche und Kontaktaufnahmen seitens der Verwaltungsspitze positiv verliefen, wurde im Juli 2018 eine Informationsrunde für die Schulen des Schulzentrums terminiert. Hierbei waren Udo Wenzl, Bürgermeister Jens Timm, Hans-Dieter Stößer (bisheriger alleiniger Ansprechpartner seitens der Gemeinde für die Jugendbeteiligung), Heike Christmann, sowie die Schulleiter und Schülersprecher beteiligt. Die Schulleiter stimmten der Kooperation der Schulen mit der Jugendbeteiligung grundsätzlich zu. Zunächst wurde das Konzept des „8er-Rats“ (einer systematischen und fortlaufenden politischen Jugendbeteiligung der achten Klassen) in Erwägung gezogen.

Anschließend wurde ein Antrag zur Förderung durch „Jugend Bewegt“ gestellt und es wurden 4.000€ zugesagt. Der Ältestenrat wurde über die möglichen Strukturen der Jugendbeteiligung informiert und schließlich gab der Gemeinderat im Zuge der Haushaltsberatungen 2019/2020 grünes Licht zum Einstellen einer pädagogischen Fachkraft um die Jugendbeteiligung mit einem gewissen Stundenanteil dauerhaft zu begleiten.

Am 28.05.2019 kam es zu einer Beratungsrunde. Beteiligt waren neben Bürgermeister Jens Timm, Kai Basler als neu eingestellte pädagogische Fachkraft, Hans-Dieter Stößer, Udo Wenzel, die Rektorin der Gemeinschaftsschule Karlsbad/Waldbronn, der Rektor der Realschule, Vertreter des Gymnasiums und die entsprechenden Fachlehrer jeder Schule.

Im Laufe der Beratungsrunde wurde eine Alternative zum sogenannten „8er-Rat“ mehrheitlich befürwortet. Dabei handelt es sich um eine „Beteiligungswerkstatt“. Unter anderem wurde bei dem Format als vorteilhaft gesehen, dass viel mehr Jugendliche erreicht werden können.

Wie geht es nun in Sachen Jugendbeteiligung weiter?

Nach den Herbstferien ist eine Befragung der Karlsbader Jugendlichen im Rahmen des Unterrichts, nach Themen die sie in Zusammenhang mit Karlsbad bewegen, gestartet. Bei dem Verfahren werden 3 Vertreter pro Klasse gewählt, die die Meinung der Klasse vertreten sollen. Beteiligt sind alle Schulen des Schulzentrums und der Schwarzwaldschule.

Am 12. November wird die „Beteiligungswerkstatt“ stattfinden. Hierbei kommen alle gewählten Schülervorteiler in der Schelmenbuschhalle zusammen und arbeiten die verschiedenen Vorschläge aus den Klassen aus. Die Gemeinderäte sind hierzu ebenfalls eingeladen worden.

Am 20. November möchten die Jugendlichen dann einige Vertreter aus dieser Runde entsenden und ihre Anliegen dem Gemeinderat vorstellen.

Ende Januar ist dann geplant, dem Gemeinderat vorzuschlagen, in welcher Struktur die Jugendbeteiligung fortgeführt werden soll.

Anlagenverzeichnis: